Studie – Corona-Maßnahmen treffen vor allem Einkommensschwache und Familien mit Kindern. Während es zum ersten Lockdown im Frühjahr 2020 einige Studien gibt, ist die Zeit der Maßnahmen ab November 2020, als die Bedingungen verschärft wurden, kaum erforscht. Die Autoren einer Studie des ifo Institutes München beziehen sich bewusst auf einkommensschwache Haushalte mit Kindern, da die vorhergehenden Studien für diese Gruppe die größte Belastung feststellten. Befragt wurden 2216 Eltern im Zeitraum Mitte bis Ende November 2020, als sich Deutschland im von der Regierung verordneten zweiten Lockdown befand. Von **Falk Dörffel**.

Familien mit Haushaltseinkommen unter 3000 Euro

Dabei wurden Familien ausgewählt, deren Haushaltsnettoeinkommen unter 3000 Euro monatlich lag und deren minderjährige Kinder zuhause leben. Die Maßnahmen beeinträchtigten den Berufs- und Schulalltag der Familien stark.

Bei einem Drittel der Familien ist das Geld am Ende des Monats knapper als vor der Krise. 7 Prozent der Familien verzichteten aus Geldnot sogar auf Mahlzeiten. 19 Prozent erhielten Mahnungen wegen verpasster Zahlungen, 10 Prozent konnten die Rechnungen überhaupt nicht bezahlen. Jeweils 5 Prozent der Befragten geben an, dass sie ihre Wohnung gar nicht oder weniger heizten und dass sie Besitztümer verkaufen oder verpfänden mussten. 14 Prozent der Familien mussten Geld von Freunden oder Verwandten leihen. In der Summe sind 41 Prozent der Befragten von mindestens eine dieser Situationen betroffen.

Familien mit Einkommen unter 2400 Euro

„Besonders betroffen sind Familien unterhalb der Armutsgrenze, Familien mit nur einem berufstätigen Elternteil und Eltern, die nicht im Homeoffice arbeiten können“, sagt ifo-Forscher Benjamin Arold. So sind die Geldsorgen bei Einkommen unterhalb der Armutsgrenze für mehr als die Hälfte der Familien spürbar.

Dabei bekamen 29 Prozent Mahnungen wegen nicht bezahlter Rechnungen, 18 Prozent mussten einen teuren Überziehungskredit in Anspruch nehmen, 15 Prozent verzichteten auf Mahlzeiten, 21 Prozent mussten Geld von Verwandten oder Freunden leihen, 15 Prozent gaben an, sie hätten Sachen verkaufen oder verpfänden müssen und ebensoviele konnten gar nicht oder weniger heizen.

Im Schnitt gaben etwa 45 Prozent an, sie könnten sich weniger Dinge leisten als vor der Pandemie, oberhalb der Armutsgrenze waren es 37 Prozent, bei den Einkommen unterhalb der Armutsgrenze schon über die Hälfte. Als Armutsgrenze werden hier 60 Prozent der

Median-Einkommens, also des mittleren Einkommens eines Haushalts mit der gleichen Personenanzahl definiert. Bei 2 Eltern mit 2 Kindern sind das 2400 Euro monatlich.

In einem der reichsten Länder der Erde können Familien nicht mehr heizen oder müssen Mahlzeiten einsparen!

Dabei waren die Folgen der Maßnahmen, zum Beispiel durch den 2020 beschlossenen Kinderbonus von 300 Euro, schon etwas abgemildert worden. Die gerade zu beobachtende Teuerung bei Lebensmitteln, anderen Gütern und der Anstieg der Mieten wird das Armutsrisiko verschärfen und die ohnehin klaffende Schere zwischen hohen Einkommen und solchen unterhalb der Armutsgrenze in Deutschland gerade für Familien mit Kindern weiter verschärfen.

Titelbild: eldar nurkovic/shutterstock.com